

Antrag 175/II/2022**KDV Neukölln****Der Landesparteitag möge beschließen:****Öffentlich-rechtlichen Rundfunk reformieren und stärken**

1 Wir, die SPD Berlin, sehen im nach dem Zweiten Welt-
2 krieg geschaffenen und bewusst dezentral organisierten
3 öffentlich-rechtlichen Rundfunk eine unverzichtbare Sä-
4 le für eine unabhängige und kritische Berichterstattung
5 sowie für ein breites und vielfältiges Unterhaltungsange-
6 bot.

7
8 Der Öffentlich-Rechtliche Rundfunk (ÖRR) im Allgemeinen
9 und der Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) im Speziel-
10 len sind in unserer Medienlandschaft für den Erhalt und
11 die Stärkung unseres demokratischen Gemeinwesens von
12 immenser Bedeutung.

13
14 Die überwiegende Finanzierung mittels Gebühren durch
15 Bürger*innen, Unternehmen und Institutionen sorgt
16 für eine weitgehend von kommerziellen Werbe- und
17 sonstigen Interessen unabhängige Programmgestaltung.
18 Gleichzeitig privilegiert dieses System den ÖRR und
19 dessen Mitarbeitende gegenüber anderen Medienma-
20 chenden.

21
22 Wir sind daher enttäuscht und entsetzt über die Instinkt-
23 und Maßlosigkeit, mit der Verantwortliche innerhalb des
24 RBB offenbar mit den Gebühren der Öffentlichkeit umge-
25 gangen sind. Dieses Verhalten schädigt den ÖRR. Die ein-
26 geleiteten personellen Konsequenzen sind richtig. Es be-
27 darf aber weiterer Maßnahmen.

28
29 Reformen beim ÖRR müssen dazu geeignet sein, die
30 Aufsichts- und Kontrollmöglichkeiten auszubauen, das
31 Mitspracherecht der Mitarbeitenden und Medienschaf-
32 fenden zu verbessern, die Programmqualität zu erhöhen
33 und Transparenz über die Arbeitsabläufe und Program-
34 mgestaltung zu verbessern. Die Staatsferne ist dabei unbe-
35 dingt zu garantieren.

36
37 Wir sehen daher mit großer Sorge, dass konservative Par-
38 teien den ÖRR als politischen Spielball entdeckt haben,
39 Journalist*innen in ihrer Tätigkeit bis hin zum Sprach-
40 gebrauch einschränken wollen und damit den gefährli-
41 chen Weg autokratischer Regime einschlagen. Wir werden
42 uns dem entgegenstellen! Wir stehen für einen starken
43 öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland.

44
45 Wir fordern, dass das Berliner Abgeordnetenhaus und der
46 Senat sich dafür einsetzen, dass

47
48 • der Verwaltungsrat des rbb mit einer höheren Be-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme (Konsens)**

- 49 teilung der Beschäftigten inkl. Stimmrecht reformiert und neu besetzt wird,
- 50
- 51 • die Aufsichtsgremien, insbesondere der
- 52 Verwaltungs- und der Rundfunkrat, personell und
- 53 finanziell von qualifizierten hauptamtlichen Mitarbeiter*innen besser unterstützt werden, damit
- 54 diese ihre Aufsichtsfunktion adäquat wahrnehmen können,
- 55
- 56
- 57 • die Mitspracherechte der Beschäftigten, insbesondere auch der freien Mitarbeiter*innen in den Gremien des rbb gestärkt werden, indem sie z.B. auch bei Sitzungen der Geschäftsleitung teilnehmen dürfen,
- 58
- 59
- 60
- 61
- 62 • der Verwaltungsrat und die Mitarbeitendenvertretung inkl. der freien Mitarbeitenden mindestens einmal jährlich dem Rundfunkrat über Arbeit und Perspektiven des rbb berichten müssen,
- 63
- 64
- 65
- 66 • Vergütungsvereinbarungen der rbb-Beschäftigten hin zu stärkeren tarifrechtlichen Regelungen auch für freie Mitarbeitende verbessert werden und intransparente Bonus-Zahlungen für Geschäftsleitung und Intendanz abgeschafft werden, eine Vergütungsobergrenze für Intendanz und Geschäftsleitung eingeführt wird.
- 67
- 68
- 69
- 70
- 71
- 72
- 73 • Einkommensabhängig soll auch verstärkt die vollständige Befreiung vom Rundfunkbeitrag für Personen mit niedrigem Einkommen ermöglicht werden.
- 74
- 75
- 76